



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/121 - 29. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Dauerkrise um Adenauer	S. 1
Brentanos Kopenhagener Gespräche	S. 3
Ministersterben in Bonn?	S. 4
Ein Handbuch der Deutschlandfrage	S. 6
Bonner Geschenk für Moskau (Gloase)	S. 7
Ab 3. Juni: 'Zweiter' statt "Dritter"	S. 8

Eine Zeit läuft ab

PR. Die Kölner Kanzlerrede und der Schock, den sie auslöste, waren nur Ausdruck einer ständig wachsenden Unsicherheit an der obersten Regierungsspitze. Sie ist seit einem guten halben Jahr das auffallendste Merkmal einer Kanzlerpolitik, die nicht mehr in der Lage ist, auch nur auf vermeintliche Erfolge hinzuweisen, die sich auf allen Gebieten passiv verhält, so dass sie heute in Schmollwinkel der Weltpolitik angelangt ist, deren rechthaberischer Anspruch aber nur noch penetranter geworden ist.

Viele Kommentatoren - auch der tonangebenden gutbürgerlichen Zeitungen, die teilweise schon lange spürten, welcher Wandel sich von der Adenauer-Gläubigkeit und -hörigkeit der letzten Jahre zu immer breiterer Skepsis und heftigerer Ablehnung vollzog, nehmen nun kaum noch ein Blatt vor den Mund. Oft bemerkenswert unbelastet von der Erinnerung an eigene, recht beflissene Zustimmungsadressen an den "Alten von Rhöndorf" werden heute an den gleichen Stellen Sündenregister dieses Mannes zusammengestellt, die durchaus noch in die Zeit jener Beifallskundgebungen für ihn zurückreichen.

Eine dieser Zeitungen stelle in einem einzigen Artikel u.a. fest, offenbar sei eine auf falschen Prämissen beruhende Politik, wenn sie erst in die Krise komme, nicht dadurch zu retten, dass man frommen Selbstbetrug sandhaft verteidige. Sie zitierte zustimmend eine nicht weniger gutbürgerliche Zeitung des Auslandes, die geschrieben hatte: "Die Bundesrepublik wird immer mehr von der Isolierung bedrückt. Der Bundeskanzler wird immer mehr Gefangener seiner eigenen Politik." Bissig wird dann ein enger Mitarbeiter Erhards zitiert, der bemerkt habe, der Regierungschef beziehe seine wirtschaftspolitischen Informationen möglicherweise aus der "Bild-Zeitung" - gegen die damit nicht das geringste gesagt

29.5.1956

sein soll. Die grosse Zeitung in Süddeutschland schloss mit dem Satz: "Er (der Kanzler) spricht in öffentlicher Versammlung, ohne sich um Brentano oder Haas zu kümmern, von der Sowjetunion als unserem 'Todfeind', mit dem gar nichts anzufangen sei, indessen Moskau sich anschickt, die Bundesrepublik kunstgerecht in die Rolle des letzten Mohikaners zu drängen, der, sein altertümliches Kriegsbeil schwingend, allein auf der Wahlstatt des Kalten Krieges zurückbleiben soll."

Und das am grünen Holz einer so repräsentativen Zeitung. Was hier gesagt wird, können auch Sozialdemokraten nicht treffender formulieren, wenn sie freilich auch die zugrundeliegenden Tatsachen und Zusammenhänge früher erkannt haben.

Im Vergleich mit dem Zustand einer schleichenden Dauerkrise, indem sich die Bundesregierung gegenwärtig befindet, waren ähnliche frühere Vorgänge akuter Art und harmlos. Sie wurden vom Herrn dieser Regierung kühl oder sehr schroff gemeistert - wenn man etwa an die Ausbootung des ersten Innenministers, Heinemann, denkt. Das ist lange her. Inzwischen ist die Bundesregierung ein Kuriosum geworden: eine Parlamentsgruppe, die auf 16 Abgeordnete zusammenschmolzen ist, hat vier Minister in der Regierung; zwei andere sind geblieben, obwohl sich die Partei, die sie in die Regierung entsandt hat, von ihnen trennte; zwei Minister haben überhaupt keinen festen Arbeitsbereich; Aussenminister und Innenminister sind in ihrem Verhältnis zum Chef relativ leicht, Wirtschaftsminister und Finanzminister, die wichtigsten Figuren neben dem Kanzler, ausgesprochen schwer verärgert. Am folgsamsten ist noch der Mann, in dessen Ressort Befehl und Gehorchen in der Natur der Sache liegen, Herr Blank.

Gleichzeitig sehen diese Männer, was alles an Kanzlerunternehmungen in dieser Zeit, die nun abläuft, schiefer gegangen ist: Die Wiedervereinigung Deutschlands mittels des Pariser Vertragsverkes, für die auf diesem Weg überhaupt keine Aussicht besteht; die Europäisierung der Saar; der Wahl-Massenzug für die CDU, Modell 1957; der Dressurakt mit der FDP mit folgender Übergang zur Opposition. Stuttgart schliesslich war mit der gegen den Willen Adenauers erfolgten Wahl eines erweiterten Vorstandes ebenso eine neue Niederlage für diesen, wie der Anfang einer Aera, in der sich seine Freunde, gar nicht einmal übermässig diskret, auf eine neue Zeit ohne den Kanzler einzurichten beginnen.

Alle diese Dinge mussten an einem Mann in den Jahren und von der konstitutionellen Eigenart Adenauers zehren, so hart und zäh er ist. Vielleicht gelingt es ihm und einigen seiner zuverlässigen Freunde, in die sich so deutlich abzeichnende Entwicklung einige retardierende Momente einzufügen. Auch deren Wirkung könnte nur von begrenzter Dauer sein. Rückwärts wird man das Rad der Zeit nicht mehr drehen können.

* *

*

- 3 -

In gutnachbarlichem Klima

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Kopenhagen

Der Besuch des Bundesausßenministers von Brentano in Kopenhagen liegt schon einige Tage zurück. Trotzdem wurde bisher offiziell über seinen politischen Inhalt wenig bekannt. Immerhin lassen einige Erklärungen, die von Brentano in Kopenhagen auf Presseanfragen gab, ein sehr knapp gefasstes Kommuniqué und einige nachträgliche Informationen Rückschlüsse zu.

Dänemark nahm als einer der ersten Staaten nach 1945 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf. Der erste ausländische Ministerpräsident, der nach dem Zusammenbruch des Nazireiches in Deutschland öffentlich sprach, war der verstorbene sozialdemokratische Ministerpräsident Hans Hedtoft, und zwar anlässlich der Kieler Woche. Trotz dieses betonten Willens Dänemarks, mit dem Vergangenen Schluss zu machen, musste von Brentano nun in Kopenhagen vor Journalisten die Frage beantworten, ob die Bundesregierung an eine Wiedergutmachung für die dänischen Bürger denke, die in deutsche Konzentrationslager gesperrt worden waren.

Brentano antwortete, diese Frage beschäftige alle zuständigen Politiker in der Bundesrepublik, und zwar nicht nur als juristische, sondern nochmehr als eine moralische Überlegung. Die Möglichkeiten einer Lösung würden sehr sorgfältig geprüft. - Es bleibt zu hoffen, dass Bonn hier nun endlich, elf Jahre nach Kriegsende, eine Lösung findet, welche nicht nur die dänischen Gegner der Hitlerbesatzung, sondern auch das ganze dänische Volk befriedigt.

Ein anderer Punkt, der in Kopenhagen zur Sprache kam, geht mehr die schleswig-holsteinische Landesregierung als die Bundesregierung an. Kurz vor Eintreffen Brentanos in Kopenhagen veröffentlichte der dänische Schulverein in schleswig-holsteinischer Landesteil Schleswig einen Schriftwechsel. Es geht dabei um 800 000 DM, welche aus dem Kieler Etat für die Minderheitenschulen gefordert werden. Es handelt sich um Nachzahlungen aus den Jahren 1951 bis 1953, in deren Schleswig-Holstein die Bestimmung seines Kultusetats, dass die dänischen Schulen bis zu 50 Prozent aus Landeshaushaltsmitteln zu unterhalten seien, nicht bis zur oberen Grenze ausnutzte. Brentano sagte, dass die Ablehnung von Kultusminister Osterloh, diesen Betrag zu zahlen, nicht als unwiderruflich betrachtet werden müsse und zu jeder Zeit reguliert werden - 4 -

könnte. Er wolle mit der Landesregierung in Kiel darüber sprechen.

Hier handelt es sich im Grunde um eine Angelegenheit, die im "halbparlamentarischen" Minderheitenausschuss des Kieler Landtages besprochen und voraussichtlich auch befriedigend gelöst werden könnte. Bekanntlich kam der Minderheitenausschuss seinerzeit auf Drängen der SPD-Opposition zustande, um ein funktionsfähiges Instrument zur Lösung von Minderheitenfragen und zur Befriedigung an der Grenze zu bekommen.

Von Brentano hat schliesslich vor der Presse die gutnachbärliehen Beziehungen an der deutsch-dänischen Grenze oben im Norden der Bundesrepublik betont. Sie waren in der Tat nach 1945 auch viele Jahre recht düster und unbefriedigend. Die erste Bresche schlug der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Diekmann mit seiner Minderheiten-Vereinbarung, in der der Grundsatz der gleichen Chancen für die Minderheiten beiderseits der Grenze verankert und auf die freie kulturelle Entfaltung bei aller Loyalität zum Staat, auf dessen Boden sie leben, festgelegt wurde. Auf Drängen der sozialdemokratischen Opposition wurde dann im letzten Jahr die Fünf-Prozent-Sperrklausel von der dänischen Minderheit genommen, so dass sie eine Chance hat, 1958 in den Kieler Landtag zu kommen, so wie die deutsche Minderheit in Nordschleswig im Kopenhagener Folketing seit langem vertreten ist.

So erntete Aussenminister von Brentano in Kopenhagen zu einem guten Teil das freundliche Klima gutnachbarlicher Beziehungen, welches die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, oft gegen hartnäckigen Widerstand der Parteifreunde des deutschen Aussenministers, der CDU-Politiker in Kiel und Flensburg, herbeizuföhren verstand.

* * *

32 Mio. DM für überflüssige Minister

EB. Voraussichtlich im Juni wird in Bonn ein kleines Ministersterben stattfinden, denn selbst der Bundeskanzler hat nach 2 3/4 Jahren eingesehen, dass die sogenannten Sonderminister, die nichts tun, sondern nur etwas kosten, nicht mehr tragbar sind. Der deutsche Steuerzahler hat allerdings den Nachgeschmack zu zahlen, das verfehlte Experiment des Bundeskanzlers bis einschli. des Haushaltsjahres 1956 hat rund 3.250.000.-- DM gekostet.

Am 20. Oktober 1953 hat der Bundeskanzler in seiner Regierungser-

klärung in der Begründung für sein Mammut-Kabinett ausgeführt:

"Es erscheint mir notwendig, das politische Element im Kabinett stärker zur Geltung kommen zu lassen und dadurch auch eine engere Verbindung mit den hinter dem Kabinett stehenden Fraktionen des Bundestages und mit diesem selbst herbeizuführen. Ich bin davon überzeugt, dass durch diese stärkere Verbindung mit den Fraktionen, dem Bundestag und der Öffentlichkeit das Werk der Gesetzgebung sich besser, schneller und reibungsloser vollziehen wird und dass dadurch die durch die Vergrößerung des Kabinetts entstehenden Mehrkosten im Endergebnis um ein Vielfaches wieder eingebracht werden."

Der Bundeskanzler hat mit dieser Ankündigung, wie so vielen anderen Unrecht, gehabt. Die Mehrkosten sind nicht um ein Vielfaches wieder eingebracht, sondern es ist nicht eine einzige D-Mark eingespart worden. Die Belastung des deutschen Steuerzahlers beträgt effektiv 3,25 Millionen DM. Wenn man die weiteren überflüssigen Ministerien - ERP, Bundesratsministerium und Familienministerium - hinzuzählt, dann hat man den deutschen Steuerzahler sogar bisher um rund 32 Mio DM geprellt, ohne dass er dafür einen echten Gegenwert verbuchen konnte.

Obwohl man also auf der einen Seite die Sonderminister abbauen will, sind sie im Haushaltsplan 1956, der im Ausschuss zur Zeit beraten wird, noch mit einem Ansatz von 1.189.700.-- DM vertreten, im Vergleich zum Vorjahr ist sogar ein Plus von 393.900.-- DM zu verzeichnen, und selbst wenn man 370.000.-- DM abzieht, die zu Lasten des neuen Atom-Ministeriums gehen dürften, so bleibt doch ein echtes Mehr für die arbeitslosen Minister von rund 24.000.-- DM. Dieses Plus resultiert vor allem aus der Tatsache, dass man die Kabinettsreferenten der Sonderminister zu Ministerialrätern ernennen will. Es handelt sich um Leute, die für die Sonderminister die Drucksachen für die Kabinettsitzung in einer Mappe zusammenlegen. Eine Tätigkeit, die ein Regierungsinspektor wahrscheinlich perfekt lösen könnte, soll also für die überflüssigen Herren von Ministerialrätern vorgeschrieben werden. Auch der Einwand des Bundesrates, der diese Stellenanhebung für ungerechtfertigt hielt, wurde von der Bundesregierung zurückgewiesen. Auf der einen Seite also beginnt man einzusehen, dass die Sonderminister ein völlig verfehltes Experiment waren, auf der anderen aber werden noch kurz vor Toresschluss neue hohe Beamtenstellen geschaffen, die man später nicht mehr rückgängig machen kann.

Wie gesagt, wenn das Ministersterben im Juni oder vielleicht erst

im Juli einsetzt, dann sollte man sich daran erinnern, wie viele hart erarbeitete D-Mark zum Fenster herausgeworfen worden sind; ferner sollte nicht vergessen werden, dass es noch drei weitere überflüssige Ressorts gibt, die ein Vielfaches mehr kosten als die zum Sterben verurteilten Überflussminister.

* * *

"Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands"

Eine dokumentarische Diskussionsgrundlage

ler. Bisher hat es an einer übersichtlichen dokumentarischen und durch Fakten belegten Darstellung gefehlt, wie es zur Spaltung Deutschlands kam, welche Schritte zur Wiedervereinigung unternommen wurden und welche Hindernisse sich dem entgegentürmen. Selbst dem versiertesten Kenner der leidvollen Geschichte Nachkriegsdeutschlands trübt sich im Strudel der Tagespolitik der Blick für das Wesentliche und Zusammenhängende. Wer ist schon in der Lage, in der Vielfalt von Nachkriegskonferenzen zwischen den Siegern des zweiten Weltkrieges, die sich mit der Liquidierung des Hitlerkrieges beschäftigten, die Bedeutung dieses und jenes Schrittes und seine Folgen zu ermessen?

Der Herausgeber von "Keesings-Archiv der Gegenwart", jener mehrsprachig erscheinenden Dokumentation der Zeitgeschichte, unternahm den Versuch einer gewissermassen photographischen Bestandaufnahme des vielschichtigen deutschen Problems, wie es sich seit der Kapitulation des Dritten Reiches dem deutschen Volk selbst und der Welt präsentiert. Das macht den besonderen Wert dieser, auf Konferenzen, Noten und Reden von Staatsmännern sich stützenden dokumentarischen Zusammenstellung aus, dass sie sich nicht nur darauf beschränkt, zu zeigen, wie es zur Vertiefung der deutschen Spaltung kam. Sie weitet den Blick auf die von allen Seiten unternommenen Bemühungen, diese unglückselige Spaltung wieder zu überwinden.

Einen grossen Raum nehmen die offiziellen Vorschläge des Westens und des Ostens zur Wiedervereinigung ein. Oft wird auch in Deutschland vergessen, ^{dass} im Laufe der Jahre Überlegungen, die deutsche Lebensfrage und die eigene Sicherheit vor Deutschland und seinen möglichen Bündnispartner ein- und unterzuordnen, stets grössere Bedeutung gewannen. Dass der Herausgeber auch den nichtamtlichen deutschen Vorschlägen, wie -7-

29.5.1956

etwa dem Manifest "Unteilbares Deutschland" vom 14. Juni 1954, den Anregungen der SPD zur Genfer Aussenministerkonferenz des gleichen Jahres, den Ideen eines Dr. Pfeleiderer, Dr. Dehler und Dr. Friedensburg als Beweise eines von Vorurteilen freien Denkens Platz einräumt, erhöht die Gewichtigkeit dieser Dokumentation. Zum ersten Mal findet der Leser auch den authentischen Text der Rede, die Dr. Dibelius in Australien zur deutschen Wiedervereinigung gehalten hat.

Beim gegenwärtigen Stand der innen- und aussendeutschen Deutschlanddiskussion (die Dokumentation erstreckt sich bis auf die jüngste Zeit) zeichnen sich vier Hauptalternativen für die Lösung der deutschen Frage ab: Eine Regelung auf der Grundlage des status quo, ein wiedervereinigtes Deutschland beim Westen, ein wiedervereinigtes Deutschland beim Osten, ein wiedervereinigtes, aber keinem bestehender Militärblock zugehöriges (bündnisfreies) Deutschland. Eine kartographische Übersicht, ergänzt durch die Produktionszahlen von elektrischer Energie, Steinkohle und Rohstahl vermittelt auch dem wenig interessierten Laien ein einprägsames Bild davon, was jede dieser Lösungsmöglichkeiten für die politische Wirklichkeit bedeuten.

Die Schlussfolgerung bleibt dem Leser überlassen. Sie ist zwingend. Die deutsche Wiedervereinigung lässt sich nur herbeiführen, wenn dadurch das im Atom-Zeitalter zwischen West und Ost bestehende Gleichgewicht nicht zugunsten der einen oder anderen Seite gestört wird. Bevor der Politiker sich entscheiden kann, muss er jedoch in völliger Kenntnis aller Tatsachen sein. Die Dokumentation von "Keesings-Archiv der Gegenwart" macht ihm diese Tatsachen gegenwärtig.

* * *

Krebsbekämpfung

r. Eine hochmoderne Apparatur für Röntgen-Tiefentherapie zur Krebsbekämpfung im Werte von DM 75.000 hat die Bundesregierung der sowjetischen Regierung geschenkt, zum Dank für die Gastfreundschaft, die die deutsche Delegation in Moskau im letzten September genossen hat.

Das ist eine schöne Geste (und es ist nur zu hoffen, dass man nicht etwa auf den Gedanken kommt, durch sie könnte man die seit Monaten so vollkommen ins Stocken geratenen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ersetzen). Eine schöne Geste, wie gesagt, gerade auch im Hinblick auf die gelungene Auswahl des Gegenstandes: Ausdruck des Willens zu

praktischem Beistand in den menschlichen Dingen, über alle politischen Gegensätze hinweg. Dieser Wille ist in der Eisluft zweier noch immer gefährlich verfeindeter Systeme fast ganz verkümmert. Das Geschenk symbolisiert auch, wieviel auf dem unendlichen Feld der Humanitas zu tun übrig bleibt.

Mancher mag schliesslich denken: Wie grossartig wäre es, wenn man sich Apparaturen schenken könnte, mit denen man den Krebsgeschwüren anscheinend unheilbaren politischen Misstrauens, der Furcht und des uferlosen Machtstrebens, der blindmachenden Vorurteile und der eifernden politischen Missionsucht wirksam zu Leibe rücken könnte.

* * *

Optik

-tt- Am 2. Juni 1956 werden wir Bundesrepublikaner zum letzten Mal "Dritter" mit der Bundesbahn fahren. Ab 3. Juni rutschen wir alle um eine Klasse höher, denn mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplanes wird die dritte Klasse abgeschafft. Das Wirtschaftswunder wird also auf eine neue Weise sichtbar: durch die Bundesrepublik fahren die Züge nur noch mit Wagen erster und zweiter Klasse. Der gesamte Berufsverkehr geht jetzt über die zweite und die erste Klasse, bisher die begriffliche Vorstellung des knalligen Reichtums, ist nunmehr praktisch für "jeder-mann" erreichbar, der sich schon jetzt die "Zweite" leisten konnte.

Natürlich sind für diese Regelung Rationalisierungsgründe mit massgebend gewesen, aber der psychologische Trick, der in dieser Export-Klassifizierung steckt, ist mit Händen greifbar: ganze weite Bevölkerungsgruppen, deren Väter noch in der "Vierten" fuhren, haben die "Dritte" überwunden und sind nun in der "Zweiten" gelandet. Tatsächlich ändert sich zwar nichts. Die Fahrpreise bleiben die alten und die neuen "Zweitklassler" fahren weiter in denselben Wagen, die auch jetzt schon in grossem Ausmasse gepolstert waren. Lediglich die Zahl "3" wird grün überpinselt und durch eine "2" ersetzt. So sollen die Räder rollen für das Wirtschaftswunder, das jetzt stolz nur noch mit erster und zweiter Klasse durch die westdeutschen Lande und ins Ausland fährt. Und so klitzen wir unentwegt weiter nach oben - was sind wir doch für Kerle, wir Bundesrepublikaner!

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau